

Statement Jahres-Pressekonferenz 27. August 2020, Berlin

Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin Brot für die Welt

Es gilt das gesprochene Wort

Herzlich willkommen zur Jahres-Pressekonferenz von Brot für die Welt. Vielen Dank für Ihr Interesse.

Die Covid-19-Pandemie hat die Welt in die größte gesundheitliche, soziale, wirtschaftliche und finanzielle Krise seit dem Zweiten Weltkrieg gestürzt. Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der Reisefreiheit wie auch die Auswirkungen auf die Wirtschaft übertreffen längst die Wucht der ökonomischen und politischen Schocks, die die Terroranschläge vom 11. September 2001 und die Finanzkrise 2007/2008 ausgelöst hatten.

Die Corona-Krise hat auch die Arbeit von Brot für die Welt und die der Partnerorganisationen getroffen. Acht der zehn Länder mit den aktuell höchsten Infektionszahlen laut WHO sind Länder, in denen auch Partner von Brot für die Welt tätig sind: Brasilien, Indien, Russland, Südafrika, Peru, Mexiko, Kolumbien und Chile. Und die Krise ist noch längst nicht überwunden, der Höhepunkt der Infektionszahlen steht vielen Ländern noch bevor, mit unübersehbaren Konsequenzen für das gesellschaftliche Leben und die wirtschaftliche Entwicklung.

Viele Länder des globalen Südens haben sofort einen rigorosen Lockdown verhängt, um die Ausbreitung des Virus zu verhindern und ihn mit z.T. drastischen Maßnahmen durchgesetzt. Der Warenverkehr, das öffentliche Leben, Verdienstmöglichkeiten kamen komplett zum Erliegen - vor allem für die Mehrheit der arbeitenden Weltbevölkerung, die im informellen Sektor tätig ist - also als Tagelöhner, als Straßenverkäuferin oder im Haushalt. Bauern und Bäuerinnen konnten zur Aussaat oder Ernte nicht mehr auf ihre Felder, ihre Erzeugnisse nicht mehr auf den Markt bringen, Märkte wurden geschlossen. Dies alles hat dramatische wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Folgen.

Die Welternährungsorganisation FAO geht davon aus, dass durch die Corona-Pandemie in diesem Jahr bis zu 132 Millionen Menschen zusätzlich an chronischem Hunger leiden werden. Das bedeutet, dass sich die Zahl der von massiver Unterernährung und Hungertod Bedrohten verdoppeln wird. Die **neue Hungerkrise** bedroht besonders Ostafrika. Diese Krise könnte sich durch die von vielen Staaten verfügbaren Transport- und Ausfuhrbeschränkungen für Agrargüter sogar noch verschärfen. Die Staaten müssen bereit sein, aktiv einzugreifen, sollte es wieder zu Spekulationen mit knappen Nahrungsmitteln am Weltmarkt kommen.

Dabei ist Corona nicht der einzige Hungertreiber: Seit einigen Jahren steigt die Zahl der Hungernden sowieso schon aufgrund von **bewaffneten Konflikten und den Folgen des Klimawandels** - in Ostafrika und Südasien verschärft durch die Heuschreckenplage. Corona könnte nun in Ländern, die bereits unter einem Bündel von Krisen leiden, Verwüstungen unbekanntes Ausmaßes anrichten.

In Südamerika sind urbane Zentren besonders stark von der Pandemie betroffen und hier wiederum die Siedlungen an der Peripherie der Städte. Es sind sehr bevölkerungsreiche arme Bezirke (Favelas/Slums) mit prekärer sanitärer Versorgung und extrem beengten Wohnverhältnissen. An Social Distancing ist hier nicht einmal zu denken. Die Gesundheitssysteme sind vollkommen unzureichend, wenn nicht total desolat.

Die meisten Länder Südamerikas sind hochverschuldet. Mit dem Erstarren rechter populistischer Regierungen wurden sozialpolitische Programme wie Schulspeisungen oder die kostenlose medizinische Versorgung der Ärmsten systematisch abgebaut. Der Unterschied zwischen Arm und Reich wächst gegenwärtig insbesondere in den Schwellenländern enorm. Kurzfristig könnten nach Aussage der Präsidentin der Lateinamerikanischen Wirtschaftskommission CEPAL 29 Millionen Menschen zusätzlich allein in Südamerika in die Armut rutschen. Der stellvertretende Direktor und Regionalverantwortliche der FAO für Lateinamerika und die Karibik, Julio Berdegú, geht davon aus, dass durch die Corona-Pandemie in Lateinamerika ein **historischer Rückschritt** im Kampf gegen den Hunger droht. Innerhalb weniger Monate könnten die Erfolge von 15 Jahren zunichte gemacht werden. Unsere Partner berichten, dass die Verzweiflung wächst.

Auch Afrika läuft Gefahr, dass Entwicklungsfortschritte der letzten Jahre zunichte gemacht werden. Nach einem Bericht des afrikanischen Institute for Security Studies wird sich der Kontinent im besten Fall erst wieder 2024 vom dramatischen Einbruch der Wirtschaftsleistung erholen. Für dieses Jahr wird befürchtet, dass weitere 14 Millionen Menschen in Afrika in extreme Armut stürzen werden.

Weltweit hat Corona unsere Partnerorganisationen vor große Herausforderungen gestellt. Sie führen ihre Projekte unter erschwerten Bedingungen fort und haben aus der „**Notreserve**“, die mit unserer Unterstützung für nicht vorhersehbare Fälle angelegt ist, weltweit bisher 12,7 Mio. Euro zusätzlich für Corona-Hilfen bereit gestellt. Viele Projektpartner haben kurzfristig eine Bewilligung für eine vorübergehende Umstellung ihrer Programme auf Nothilfe erhalten. So haben sie in Peru COVID 19-Aufklärungskampagnen umgesetzt und Hygiene-Kits verteilt. In Brasilien haben Partner, die agrarökologische Lebensmittel produzieren, ihre Hilfe umgestellt auf die Notversorgung der Armen in den Städten und unterstützen außerdem indigene Familien im Amazonasgebiet mit Lebensmitteln und Hygienepaketen. In Indien haben Partner Arbeitsmigranten, die aus den großen Städten zurück in ihre Dörfer mussten, auf dem Weg mit Lebensmitteln versorgt und sie dabei unterstützt, Kontakt zu ihren Familien aufzunehmen, wenn sie kein Mobiltelefon hatten. In Indonesien hat ein Partner fünf Krankenhäuser mit Beatmungsgeräten, Atemschutzmasken, Latexhandschuhen und Desinfektionsmitteln ausgestattet, in Kenia versorgt ein Partner für Straßenkinderprojekte zusätzlich 500 Familien ein halbes Jahr lang wöchentlich jeweils mit einem Lebensmittelpaket.

Besonders bemerkenswert ist ein Beispiel aus Sierra Leone. Dort hat sich das Bündnis kirchlicher wie nicht-kirchlicher Nichtregierungsorganisationen, das sich vor einigen Jahren dem Ebola-Ausbruch entgegengestemmt hatte, wieder zusammengeschlossen, um die Folgen der Corona-Pandemie für die Menschen abzumildern.

Leider kommen noch immer nicht einmal die Projektpartner für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an ausreichend Hygieneartikel, Schutzkleidung und Tests. Auch unter ihnen und ihren Familien sind viele Opfer der Pandemie zu beklagen.

Corona hat auch zu einer beispiellosen Repression geführt. Für die Bewältigung dieser weltweiten Krise spielt die Zivilgesellschaft – und unsere Partnerorganisationen sind Teil der Zivilgesellschaft - gerade in den armen Ländern eine entscheidende Rolle. Sie ist Statement C. Füllkrug-Weitzel, Präsidentin Brot für die Welt, Bilanz-Presskonferenz 27.8.2020

wesentlich, um die ökonomische Verelendung aufzuhalten, die sozialen Härten zu bekämpfen und auch psychische wie politische Folgen abzufedern. Einige Regierungen aber haben die Corona-Krise dazu missbraucht, die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft über das angesichts der Pandemie gebotene Maß der Lockdowns hinaus einzuschränken und weitere Repressionen gegen sie ausgeübt. So rief etwa in Honduras die Regierung den Ausnahmezustand aus, ließ Aktivistinnen und Aktivisten verhaften und setzte Militär ein auf der Suche nach Verdachtsfällen von COVID-19.

Wir sehen mit Sorge, dass die Beschränkungen auch über die Zeit der Krise hinaus beibehalten werden könnten. Schon jetzt wird die Krise an vielen Orten dazu genutzt, unliebsame Regierungskritiker zum Verstummen zu bringen. Darüber hinaus laufen zivilgesellschaftliche Organisationen in Schwellenländern Gefahr, nicht in ähnlicher Weise von Staatshilfen und Konjunkturprogrammen unterstützt zu werden, wie dies zumindest in diesen wohlhabenderen Ländern für die Wirtschaft der Fall ist. Wenn ihre Bewegungsfreiheit und Aktionsfähigkeit über das allgemein gültige Maß beschränkt wird, ihre Einnahmen wegbrechen und Beschäftigte nicht mehr finanziert werden können, steht ihre Arbeit auf der Kippe. Das ist generell auch unter weniger repressiven Bedingungen ein sehr großes Problem für Organisationen, die im Sozial- und Menschenrechtsbereich engagiert sind. Viele von ihnen laufen Gefahr, die Krise ökonomisch nicht zu überleben – die Zivilgesellschaft, an deren Wirken Entwicklungsfortschritte und Demokratie in so großem Maße hängen, könnte global massiv geschwächt werden.

Corona und Lieferkettengesetz

Die Corona-Krise hat auch auf prekär Beschäftigte entlang von globalen Lieferketten dramatische Auswirkungen. Aus Bangladesch hören wir, dass europäische Textilunternehmen wegen Corona massenhaft Aufträge kurzfristig storniert und sogar schon produzierte Ware nicht mehr abgenommen haben - und das, obwohl sie sich eigentlich freiwillig zu ihrer Verantwortung verpflichten wollten. Daraufhin wurden Beschäftigte in großer Zahl auf der Stelle entlassen und stürzten akut in existentielle Armut. Dabei entspricht es eigentlich nicht dem Verantwortungsethos deutscher Unternehmer*innen, Arbeitnehmer*innen dadurch weltweit gegeneinander auszuspielen, dass man die Wehrlosigkeit der Menschen in Entwicklungsländern brutal ausnutzt, ihre Löhne presst oder sie brutal fallen lässt, wann und wie es einem passt!. Es ist deshalb wichtig, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie diesen Verantwortung der deutschen und europäischen Unternehmen für ihre Produzent*innen weltweit einzufordern und die Achtung von Menschenrechten und der Arbeitsrechtsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entlang der Lieferketten durchzusetzen.

Dafür muss endlich ein **Lieferkettengesetz** erlassen werden. Seit Herbst vergangenen Jahres setzen wir uns mit anderen Organisationen intensiv dafür ein, dass noch in dieser Legislaturperiode ein Gesetz verabschiedet wird, das Unternehmen zu menschenrechtlicher Sorgfalt verpflichtet und Beschäftigte im globalen Süden schützt. Mehr als 220.000 Menschen haben die Petition mit ihrer Unterschrift unterstützt. Aktuell verhandelt die Bundesregierung über Eckpunkte für das Gesetz. Wir treten dafür ein, dass dabei kein zahnloser Tiger herauskommt, sondern ein ambitioniertes Lieferkettengesetz, das Ausbeutung wirkungsvoll verhindert. Das Gesetz muss klare Sanktionen vorsehen für Unternehmen, die die Regeln missachten. Und es muss auch für kleinere Unternehmen mit besonderen Menschenrechtsrisiken gelten und nicht nur für die ganz großen.

Was sind die wichtigsten politischen Forderungen von Brot für die Welt?

Aus Sicht von Brot für die Welt sind zwei elementare Grundsätze leitend:

- Die Krise ist global und kann daher auch nur im Geiste der grenzüberschreitenden Solidaritäten und der Kooperation bewältigt werden.

- Vorrang muss der Schutz und die Stärkung besonders verletzlicher Bevölkerungsgruppen haben, von Menschen, die in Armut leben und die diskriminiert werden, von Kindern und Frauen, von alten Menschen, von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten

Wir sehen drei strategische Schwerpunkte für die Unterstützung der armen Länder durch die Bundesregierung:

- Primäre und sekundäre Gesundheitsgefahren eindämmen, Gesundheitsstrukturen schaffen

Entwicklungs- und Schwellenländern müssen bei der Eindämmung der Infektionen mit Sars-CoV-2 und bei der Behandlung von an Covid-19 Erkrankten unterstützt werden. Die Geberkonferenz der EU hat im Mai 7,4 Milliarden Euro für die Forschung zu Impfstoffen, Medikamenten und Diagnostika bereit gestellt. Dieses Geld kommt überwiegend aus Steuermitteln. Deshalb muss die WHO als oberste Instanz der Vereinten Nationen in Gesundheitsfragen jetzt dafür sorgen, dass Impfstoffe, Medikamente und Diagnostika allen Menschen zur Verfügung stehen. Zugleich gilt es sicherzustellen, dass dies nicht auf Kosten der angemessenen Behandlung anderer lebensbedrohlicher Krankheiten geht oder der Geburtshilfe geht.

Durch den Fokus auf die Pandemie und die Lockdowns ist vielerorts eine medizinische Regelversorgung nicht mehr sichergestellt. So bleiben Tuberkulose und Malaria unbehandelt, wenn Menschen nicht mehr in die Behandlungszentren gelangen und Medikamente nicht mehr importiert werden können. Kinder und Frauen sind besonders betroffen, weil u.a. Geburten nicht mehr medizinisch betreut werden und Programme zur Eindämmung von sexueller Gewalt eingestellt werden.

Wir wollen darauf hinwirken, dass **Gesundheitssysteme insgesamt gestärkt** und krankmachende Lebensbedingungen verbessert werden.

- **kurz- und mittelfristige wirtschaftliche Folgen abmildern: soziale Sicherungssysteme schaffen und mehr Finanzmittel bereitstellen**

Zweitens müssen Entwicklungs- und Schwellenländern dabei unterstützt werden, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie abzumildern. Nach wie vor verfügen mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung über keinen oder nur unzureichenden sozialen Basisschutz im Alter oder im Falle von existentiellen Notlagen wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit. Die Abwärtsspirale in die Armut, die die Covid-Pandemie derzeit beschleunigt, könnte aufgehalten werden, wenn alle Menschen das Recht auf soziale Sicherheit wahrnehmen könnten. Wir setzen uns daher, ganz im Sinne der ILO, für **universelle soziale Sicherungssysteme** ein und begrüßen auch den mutigen Vorschlag des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, angesichts der verheerenden Folgen der Pandemie ein **befristetes Grundeinkommen** für arme und verletzte Bevölkerungsgruppen in 132 Ländern einzuführen.

- **zu den langfristigen Transformationsaufgaben im Sinne der Ziele für eine global nachhaltige Entwicklung beitragen.**

Es geht drittens darum, schon jetzt über die Krise hinauszudenken. Langfristig angelegte Wirtschaftshilfe, Konjunkturprogramme und gesundheitspolitische Maßnahmen sollten so ausgerichtet werden, dass sie den Zielen einer gerechten, klimafreundlichen und nachhaltigen Ökonomie dienen. Insgesamt müssen all die Milliarden, die jetzt weltweit in die Hand genommen werden, um die sozialen und wirtschaftlichen Corona-Folgen zu bewältigen, daran gemessen werden, inwieweit sie auch auf die vereinbarten Ziele für eine global nachhaltige Entwicklung einzahlen. **Isolierte Hilfsprogramme helfen**

ebensowenig weiter wie Investitionen in den Wiederaufbau einer Wirtschaft von gestern. Wir sollten neues Geld nicht alten Ideen hinterherwerfen!

Im Rahmen des Nachtragshaushalts 2020 wurde auch der Etat des Entwicklungsministeriums erfreulicherweise aufgestockt und der Ausbau des weltweiten Corona-Sofortprogramms des BMZ mit insgesamt 3 Milliarden Euro für dieses und nächstes Jahr beschlossen. Es kommt jetzt darauf an, dass diese Mittel nicht nur der Pandemiebekämpfung und –vorsorge vorbehalten sind, sondern zur allgemeinen Stärkung der Gesundheitsversorgung in den armen Ländern und zur nachhaltigen Ernährungssicherung beitragen.

Unsere Bilanz 2019

Brot für die Welt hat im vergangenen Jahr das drittbeste Spendenergebnis seit Gründung 1959 erzielt. Dies freut uns besonders, weil wir damit unser Jubiläumsjahr erfolgreich abschließen konnten. 64,4 Millionen Euro konnten durch Spenden und Kollekten eingenommen werden. Hinzu kamen Nachlässe in Höhe von 3,5 Mio. Euro und Bußgelder (400.000 Euro).

Insgesamt standen Brot für die Welt 2019 für die Entwicklungsarbeit 312,7 Millionen Euro (2018: 307,3 Mio. Euro) zur Verfügung. Das ist ein Plus von 1,8 Prozent.

Spenden und Kollekten, kirchliche Mittel und staatliche Mittel, vor allem des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), sind die drei finanziellen Säulen von Brot für die Welt.

Um gut 3,1 Mio. Euro gestiegen sind die Mittel des Kirchlichen Entwicklungsdienstes. Das sind die Gelder, die die Landeskirchen für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen und die vor allem aus Kirchensteuermitteln kommen. Hier standen insgesamt gut 58,8 Mio. Euro zur Verfügung. Die Bundesmittel, das sind vor allem Mittel aus dem Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), stiegen um gut 5,5 Mio. Euro auf insgesamt 173,9 Mio. Euro an.

Die Gesamtaufwendungen von Brot für die Welt haben sich im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozent auf 307,7 Millionen Euro erhöht. Die Projektausgaben umfassten 281,7 Mio. Euro, das sind 91,6 Prozent der Mittel. Die Ausgaben für Verwaltung lagen bei 5,9 Prozent, für Werbung und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit wurden 2,5 Prozent der Mittel aufgewandt. Damit liegt das Werk gemäß Spendensiegel des Deutschen Instituts für soziale Fragen (DZI) im niedrigen Bereich.

Im Jahr 2019 haben wir insgesamt mehr als 1.600 Projekte weltweit gefördert, 694 Projekte in 85 Ländern wurden neu bewilligt. Der Schwerpunkt lag auf Ernährung und ländlicher Entwicklung. Der nachhaltige Umgang mit Ressourcen spielt in der Projektarbeit ebenso wie der Klimaschutz eine wichtige Rolle.

Regionale Schwerpunkte waren Afrika mit 242 Projekten in 33 Ländern sowie Asien und Pazifik mit 203 Projekten in 26 Ländern. Beide Schwerpunkte spiegeln sich auch in den Projektmittelausgaben wider: Für Afrika haben wir mit 88,8 Millionen Euro die meisten Mittel bewilligt, für Asien und Pazifik zusammen 85,4 Millionen Euro.

Vielen Dank.